

Stolper Post

Tageszeitung
für Stadt und Land



Amtliches
Anzeigen-Blatt

Die „Stolper Post“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Der Bezugspreis beträgt für den Monat 75 Pfennig; durch die Post bezogen 80 Pfennig ausschließlich Bestellgeld. Geschäftsstelle und Schriftleitung: Stolp, Präsidentenstr. 45. Fernsprecher 18.

Anzeigenpreis: Die 7-gespaltene Beizeile oder deren Raum 20 Pfennig, für Inserenten im Stadtbezirk Stolp 10 Pfennig, für Stellengesuche und Familienanzeigen 25% Nachlaß; die 3-gespaltene Restzeile 60 Pfennig. Anzeigenannahme bis vormittags 10 Uhr des Erscheinungstages.

Mit Gott für Volk und Vaterland

Nummer 260

Stolp, Sonnabend, den 5. November 1927

51. Jahrgang

Die Einkreisung Deutschlands.

Auch Holland soll sich beteiligen.

Berlin, 4. November. In hiesigen diplomatischen Kreisen verfolgt man mit steigender Aufmerksamkeit die Bemühungen, die von französischer und belgischer Seite in der letzten Zeit unternommen werden, um Holland in den Kreis der französisch-belgischen Politik zu ziehen. Seitdem der holländische Minister des Aeußern van Reelaerts auf der letzten Völkerbundstagung in Genf sich zu der französischen Auffassung bekannte, daß die Sicherheit den allgemeinen Einschränkungen der Bewaffnung vorangehen müsse, offenbart sich in der französischen Außenpolitik ein auffallend reges Interesse für Holland. So hat der bekannte Publizist Sauerwein, der in engen Beziehungen mit dem Quai d'Orsay steht, dieser Tage im Amsterdamer „Telegraaf“ ein paar Artikel veröffentlicht, in denen er zu dem Schluß kommt, daß Holland nunmehr freiwillig den „regionalen Verträgen“ beitreten werde, um durch militärische Zusammenarbeit mit Frankreich die Grenzen, wie sie der Versailler Vertrag neu gezogen hat, zu verteidigen. Gemeint ist natürlich der Locarno- und Rheinpakt und die militärische Einschaltung Hollands in den belgisch-französischen Block.

In derselben Richtung arbeitet das „Echo de Paris“, das vor kurzem einen „militärischen Sachverständigen“ nach Hollandisch-Limburg schickte, um die „Limburger Gefahr“ zu studieren. Dieser Sachverständige veröffentlicht eine Artikelserie, in der er u. a. sagt: „In einem künftigen Kriege werde Deutschland von Norden eine Umzingelungsbewegung versuchen. Hollandisch-Limburg sei dabei das natürliche Einfallstor, da Holland nur eine Willkür habe, die keineswegs imstande sei, den Limburger Landstreifen, der wie ein Sacl zwischen Deutschland und Belgien hängt, zu verteidigen. Dadurch werde die französisch-belgische Verteidigung der Maaslinie illusorisch und der Weg nach Brüssel und Nordfrankreich für die Deutschen frei.“

Auch hat der famose „Sachverständige“ festgestellt, daß Limburg über ein abnorm entwickeltes Wege- und Eisenbahnnetz verfüge, und daß darin ein „geheimer Einfluß der deutschen Heeresleitung“ (!) zu erblicken sei, die auf Holland einen starken Druck ausübe, damit die Limburger Verkehrswege besonders gut instand gehalten werden. Der Gewährsmann des „Echo de Paris“ kommt zu der Schlussfolgerung, daß für Belgien und Frankreich tatsächlich eine „Limburger Gefahr“ existiere, der gegenüber Frankreich nicht gleichgültig bleiben kann, weil die französische Sicherheit dadurch gefährdet werde.

Diese an sich geradezu unsinnigen Phantasien eines angeblichen „militärischen Sachverständigen“ sind natürlich Wasser auf die Mühlen der belgischen Chauvinisten. Die belgische Chauvinistenpresse richtet denn entsprechend auch in den letzten Tagen an die französische Regierung ganz ungeschminkt die Aufforderung, Belgien in der Limburger Frage diplomatisch zu unterstützen, wofür dann Belgien seinerseits sich in noch erhöhterem Maße als bisher militärisch an Frankreich binden wollte.

Bekanntlich hat die sogenannte „Limburger Frage“ schon früher lange vor dem Kriege zwischen Holland und Belgien eine Rolle gespielt. Sie existiert eigentlich latent seit der belgischen Unabhängigkeitserklärung um die Mitte des vorigen Jahrhunderts. Nun rechnet man auch wohl in Brüssel nicht ernsthaft damit, daß Holland sich etwa bewegen lassen würde, den Limburger „Sacl“ an Belgien abzutreten. Dagegen erscheint es noch den oben wiedergegebenen Pressemanövern durchaus wahrscheinlich, daß man in Paris und Brüssel die Limburger Frage dazu benutzen will, um auf Holland einen Druck auszuüben und Holland somit zwingen, sich dem belgisch-französischen Militärblock anzuschließen.

Der „Besatzungsabbau vollendet“.

„Die Auswirkungen nur noch nicht zu übersehen.“

Berlin, 4. November. Wie der „Demokratische Zeitungsdienst“ von unternetzter Seite erfährt, ist der vorgesehene Besatzungsabbau vollendet. Der Rückzug der Truppen und die weiter dadurch notwendig gewordene Umgruppierung der im Rheinland verbliebenen Truppen sei im wesentlichen durchgeführt worden. Wie vorgesehen, hätten rund 10.000 Mann fremde Truppen das Rheinland verlassen. Die Auswirkungen des Besatzungsabbaues seien indessen zurzeit noch nicht zu übersehen, da sich die Familien der verheirateten Offiziere und Unteroffiziere einstreuen zum Teil noch in den früheren Garnisonen befänden.

Gegen den „Einheitsstaats“-Rummel.

Stuttgart, 4. November. Im Württembergischen Landtag beschäftigte sich heute Staatspräsident Bazille in längeren Ausführungen auch mit der Frage des Einheitsstaates. Er wies darauf hin, daß sich der Preussische Demokratieantrag

die Parole „Abkündigung der Einzelstaaten“ zu eigen gemacht habe. Das württembergische Volk habe keine andere Wahl, als den Fehdehandschuh aufzunehmen. Es sei geradezu erstaunlich, daß alle Parteien von den Kommunisten bis zur Deutschen Volkspartei mit Ausnahme des Zentrums die Forderung vertreten, der natürlichen Entwicklung Deutschlands zum Einheitsstaat dürften keine Widerstände entgegenzusetzen. Es sei ein Irrtum, anzunehmen, daß die Steuerbelastung im unitarischen Reich geringer sein werde als jetzt, denn die Verwaltungsreform bringe an Stelle der alten Einrichtungen nur neue Behörden. Wegen lächerlicher Ersparnisse könne sich ein Land doch nicht zu einer Provinz des Reiches machen lassen. Es gäbe auch zu denken, daß Preußen als der größte deutsche Staat die höchsten Steuern erhebe. Man könne wohl dann für Württemberg als Reichsprovintz keine Steuerermäßigungen erwarten. Schon die Zusammenlegung Württemberg, Badens und der Pfalz zu einem Landesarbeitsbezirk bedeute eine Mehrausgabe von 6 bis 7 Millionen Mark. Wenn unitarische Maßnahmen wirklich eine Ersparnis von 100 Millionen Mark bringen würden, so würde das nicht viel bedeuten, wenn der Reichstag den Etat des Reiches um 600 Millionen Mark erhöht. Der Absolutismus des Reichstages sei überhaupt die Quelle des Übels. Nicht das Reich allein könnte besser sparen, das gelte auch für die großen Gemeinden.

Reichstagsausschuß für die Strafrechtsreform.

Berlin, 4. November. In der heutigen Sitzung des Reichstagsausschusses für die Strafrechtsreform forderte Abgeordneter Knoen (Kom.) zunächst die Beseitigung der lebenslänglichen Zuchthausstrafe, außerdem beantragte die Kommunisten die Herabsetzung der Höchstgrenze der Zuchthaus- wie der Gefängnisstrafe auf fünf Jahre. Abgeordneter Dr. Rosenfeld (Soz.) verlangte ebenfalls die Beseitigung der lebenslänglichen Zuchthausstrafe.

Im weiteren Verlauf der Verhandlungen gab Ministerialdirektor Schäfer vom preussischen Justizministerium bekannt, wie viele Verurteilte in preussischen Instanzen säßen, um eine lebenslängliche Zuchthausstrafe zu verbüßen und wie viele diese Strafe tatsächlich verbüßten. Er zog aus den von ihm angegebenen Zahlen den Schluß, daß die große Masse derer, die eine lebenslängliche Zuchthausstrafe zu verbüßen hätten, solche sind, die vorher zum Tode verurteilt waren, und daß es tatsächlich als eine Ausnahme gilt, wenn ein Verurteilter länger als fünfzehn Jahre im Zuchthaus sitzt.

In der weiteren Aussprache wies Ministerialdirektor Bunte vom Reichsjustizministerium darauf hin, daß ein Maßstab für die Umrechnung der verschiedenen Arten der Freiheitsstrafen nach dem System des Entwurfes nicht mehr notwendig sei.

Die lebenslängliche Zuchthausstrafe sei nicht entbehrlich. Abgeordneter Dr. Wunderlich (Dt. Vp.) trat für die Beibehaltung der lebenslänglichen Zuchthausstrafe ein. Ministerialrat Schäfer vom preussischen Justizministerium äußerte Bedenken gegen die Abschaffung der lebenslänglichen Zuchthausstrafe unter dem Gesichtspunkt, daß daraus vielleicht unerwünschte Rückwirkungen auf die Gnadenpraxis bei den zum Tode Verurteilten eintreten würde.

Reichsjustizminister Herzig wies darauf hin, daß aus Fällen einer allzumilde Urteilsbildung nur der Schluß gezogen werden könne, daß der Gesetzgeber seine Straßproben nicht abschwächen dürfe. Schon jetzt werde bei allen Personen, die lebenslängliche Zuchthausstrafen zu verbüßen haben, nach Ablauf einer gewissen Zeit die Möglichkeit einer Entlassung geprüft. Ob nach dieser Richtung noch gewisse Sicherheiten zu schaffen seien, werde bei der Beratung des Entwurfes eines Strafvollzuges zu prüfen sein. In der Abstimmung wurden die kommunistischen und sozialdemokratischen Anträge, die die lebenslänglichen Zuchthausstrafen abschaffen wollten, abgelehnt. Es verblieb bei dem Wortlaut der Regierungsvorlage.

Im Strafrechtsausschuß des Reichstages wurde bei der Behandlung der Geldstrafe von Seiten der Regierung an Hand statistischen Materials bewiesen, daß schon jetzt bei der Verbhängung von Geldstrafen auf die wirtschaftlichen Verhältnisse des Verurteilten entsprechend Rücksicht genommen wird. Der Ausschuß vertagte dann die Weiterberatung auf Sonnabend.

Anschlußkundgebung im Wiener Nationalrat.

Wien, 4. November. In der heutigen Sitzung des österreichischen Nationalrates, in der die erste Lesung des Bundesgesetzes erfolgte, vertrat der Redner der Großdeutschen, Abgeordneter Dr. Hampel, den Standpunkt seiner Partei, daß eine wirkliche Sauerung Österreichs nur durch den Anschluß an Deutschland erreicht werden könne. Der Anschlußwille der deutsch-österreichischen Bevölkerung sei in den letzten Jahren

Bauernbildung und nationaler Aufstieg.

Das dänische Beispiel.

Unser Nachbarland im Norden, das kleine Dänemark, ist jedem Landwirt bekannt als ein Land erstklassiger Viehzucht. Ein ausgedehntes Schulwesen hat in Dänemark den gebildeten Landwirt, Ackerbauer, Viehzüchter und Kaufmann in einer Person hervorgebracht. Doch hat man sich von vornherein nicht auf die rein sachliche Ausbildung beschränkt, sondern ist schon früher zu einer gründlichen Allgemeinbildung übergegangen, die den dänischen Bauern auf einen außerordentlich hohen Bildungsstand geführt hat und ihn zum Träger und gleichzeitig zum Führer im wirtschaftlichen und staatsbürgerlichen Leben erzogen hat.

Wo liegen die Ursachen dieser Entwicklung? Und wie sah es vor etwa drei Generationen in Dänemark aus? Dänemark war einmal ein armes Land, geschwächt durch einen siebenjährigen Krieg mit England, durch mehrere Staatsbankrotte und später durch den Krieg mit Preußen. Die große Masse des Volkes sah diesem Niedergang gleichgültig oder gar stumpfsinnig zu. Da erstand ihm der Führer in höchster Not, der die schlummernden Lebens- und Willenskräfte des Volkes weckte: Ch. F. Grundtvig. Dieser Mann war der Vater einer geistigen Bewegung, die man die Bauernhochschulbewegung genannt hat. Diese Hochschulen für die breiten Massen des Landvolkes sammelten alle geistigen Kräfte und führten diese nun nicht aus dem Volke heraus in eine weltfremde Gelehrtenbildung, sondern gerade in das Volk hinein als Bauernführer. Nicht Stubengelehrte wuchsen so heran, sondern Männer und Frauen mit klarem praktischen Blick für Wirtschaft und Staat. Es ist in diesem kleinen Lande Sitte geworden, daß fast jeder Bauernsohn, vom kleinsten bis zum größten Bestzer, nach Beendigung der Fachschule eine Bauernhochschule besucht, die in ihrem naturwissenschaftlichen Unterricht vielfach aufbaut auf den Kenntnissen, welche die jungen Leute von den Fachschulen mitbringen. Daneben erstreckt sich ihr Unterricht auf Heimat- und Weltgeschichte, Staatsbürgerkunde, Gebrauch der Muttersprache in Wort und Schrift, Einführung in die dichterischen und künstlerischen Werte und Volkswirtschaft. Neben dieser Ausbildung der jungen Männer, die im Winter vor sich geht, findet eine ähnliche gründliche Ausbildung der jungen Mädchen im Sommer statt. Heute hat das kleine Land mit seinen drei Millionen Einwohnern etwa siebzehn Bauernhochschulen. Hieraus erklärt sich leicht, daß der dänische Bauer nicht nur der im Durchschnitt beste Landwirt der Welt ist, sondern gleichzeitig auch der gebildetste und daß er führend im wirtschaftlichen und staatlichen Leben steht.

Deutschland hat versucht, diese Bauernhochschulen schon vor dem Kriege in Schleswig-Holstein auf unsere Verhältnisse zu übertragen. Dieser Versuch hat auch reiche Früchte getragen, besonders im Westen unferes Vaterlandes, wo seit dem Kriege zahlreiche Neugründungen solcher Schulen ins Werk gesetzt worden sind. Die Zahl fester Bauernhochschulheime, in denen die Schüler oder Schülerinnen gleichzeitig wohnen und verpflegt werden und die alle auf dem platten Lande liegen, beträgt heute etwa dreißig. Meistens ist wie in Dänemark ein kleiner landwirtschaftlicher Betrieb damit verbunden. Möge von den deutschen Bauernhochschulen, nach dem glänzenden Vorbild von Dänemark, ein ähnlicher Segen für unser gesamtes Landvolk ausgehen und mögen sie so einen neuen Aufstieg unferes Vaterlandes vorbereiten.

mit elementarer Gewalt zum Durchbruch gekommen. Insbesondere die Vertreter der Wirtschaft, die früher der Entwertung der Dinge mit einer gewissen Stupor zusehen, seien nunmehr aktiv hervorgetreten. Wenn demnächst der Reichskanzler und der Reichsaußenminister bei uns eintreffen, so eilen ihnen schon heute unsere herzlichsten Grüße voraus, denn wir sehen in ihnen nicht Exponenten ihrer Parteien, sondern die verantwortlichen Minister des großen Mutterlandes, dessen Teil für alle Zukunft zu werden, unser unabänderlicher Wille ist.

Sodann betonte der Redner der Christlichsozialen, daß Oesterreich ein geordnetes Budget habe. Der Redner des Landbundes griff die gegenwärtige Abarbeitung zwischen dem Bund und den Ländern an, die unerträglich sei und eine unglaubliche Bevorzugung der Stadt Wien gegenüber den armen Ländern bedeute.

Die Leiden Südtirols.

München, 4. November. Der kürzlich vor den faschistischen Nachstellungen nach Bayern geflüchtete Bozener Abgeordnete Dr. Neut-Molossi sprach im geschlossenen Kreise über das Problem des italienischen Faschismus und im Zusammenhang damit über die Lage in Südtirol. Der Redner stellte fest, daß der deutschen Bevölkerung dort schlechthin alles genommen worden sei.

Die Deutschen Südtirols hätten heute keinen Gemeindevorsteher, keine Parteien, keine Presse, keine wirtschaftliche Or-



Ein hervorragend billiges Angebot
meiner Abteilung

Damen-

Konfektion

Damen-Mäntel	aus guten Flauchstoffen	18.— 15.—	12.00
Damen-Mäntel	aus guten reinwollenen Stoffen	35.— 28.—	22.00
Damen-Kleider	aus gemusterten Stoffen	10.— 7.50	5.00
Tanz-Kleider	aus kunstseidenem Taffet	18.— 15.—	12.00
Damen-Strickwesten	aus reiner Wolle	12.50 8.—	5.50
Damen-Blusen	aus gemustertem Barchent	4.50 2.25	1.95
Mädchen-Mäntel	aus fertigen Flauchstoffen	12.— 8.75	5.75

GUSTAV ZEECK STOLP

Tel. 124, 125, 126

Ämftliche Bekanntmachungen.

Im Monat November finden folgende Zahlungen statt:

Kleinrentner am 7. November 1927
A-H von 8 1/2 - 9 1/2
I-R " 9 1/2 - 11
S-Z " 11 - 12

Sozialrentner am 14. November 1927
A-R von 8 1/2 - 10
S-Z " 10 - 12 1/2

Kriegsbeschädigte am 14. November
von 3 - 4 1/2

Kriegshinterbliebene am 15. November
A-R von 8 1/2 12 1/2
S-Z " 3 5 1/2

Stolp, den 31. Oktober 1927.
Der Magistrat.

Im Auler, auf dem Flugplatz und bei der Klärstation sind einige Auler- und Wiesen-Kleinparzellen von sogleich zu verpachten. Nähere Auskunft im Rathaus, Zimmer Nr. 20.

Stolp, den 2. November 1927.
Der Magistrat.

Liquidations-Bilanz.

„Kriegerdank“ gemeinnützige Siedlungs-, Bau- und Spargenossenschaft e. G. m. b. H. in Liquidation zu Stolp i. Pom.

Activa.	Passiva.
Rassenbestand 5,00 RM	Schulden . . . 5,00 RM
Inventarbestand —,—	Wechsel —,—
Wechsel —,—	Geschäftsanteile —,—
Forderungen —,—	
Ga. 5,00 RM	Ga. 5,00 RM

Die Genossenschaft ist aufgelöst.
Stolp i. Pom., den 5. November 1927.

Der Vorstand.
Julius Schmidte. Max Schmidte.

Weißer Steffiner! Oster-Aepfel!

Montag von 7 Uhr an am Güterbahnhof zu haben
10 Pfd. 2,20 Mk. beim Str. billiger
kleinere 10 Pfd. 1,50 Mk.

Geschmack der Aepfel wie Träubchen
Knop, Stromstraße 6.

St. Marienkirche

Anlässlich des Reformationsfestes gelangt
morgen, Sonntag im Hauptgottesdienst vormittag um 10 Uhr
zur Aufführung

Johann Sebastian Bach:

Reformations- „Gott, der Herr ist Sonn und Schild“.
kantate:

(Texte am Eingang.)

Ausführende:

Kirchenchor v. St. Marien, unter freundlicher Mitwirkung von
Elfriede Bolt (Sopran)-Köslin, Baronin Nora von Wolff
(Alt)-Berlin, Felix Albrecht (Baß), Stahlhelmkapelle,
Obermusikmeister Weichselgärtner (Oboe)-Kolberg, Studienrat
Schädel (Klavier), akad. Gesanglehrer Cornelissen (Orgel)-Lauenburg.

Abends 8 Uhr Geistliche Musikaufführung.

(Hierfür Karten vormittags und abends am Kircheneingang erhältlich.)

Ausstellung

von Entwürfen zu fertigen Hausanstrichen

(Wanderausstellung des „Bundes zur Förderung der Farbe im Stadtbild e. V.“)

Sonntag, den 6. bis einschließlich

Sonntag, den 13. November 1927

in der Mittelschulturnhalle Al. Gartenstr.

Geöffnet: Sonntags 11—16 Uhr

Wochentags 10—13, 14—16 Uhr.

Eintritt frei! Eintritt frei!

Der Magistrat
und die Maler-, Lackierer- und
Vergolder-Innung Stolp.

Stadttheater

Ruf 419.

Sonntag, den 6. Nov.
nachm. 1/4 Uhr

Paganini

Preise von 20 Pfg. bis

1,25 Mk.

Abends 8 Uhr

zum letzten Male!

„Hurra —

ein Junge“

Montag, den 7. November

8 Uhr

Erstaufführung!

„Die große

Unbekannte“

Operette von Suppe.

Albrecht-Konzert

(im Abonnement)

Mittwoch, den 9. November 1927,
abends 8 Uhr im Schützenbause

Konzertsängerin (Alt)

EVA LIEBENBERG

am Ibach-Flügel: Leo Rosenock
Einlasskarten bei Felix Albrecht.

Bei **Rheuma** trink' Embeha-Tee.

Bestimmt vergeht dann alles Weh!
Ein Paket, 14 Tage reichend, RM 3.50

10000 Anerkennungen

Niederlage: In allen Apotheken
Engros-Vertrieb:
Pharmazent. Handelsges. m. b. H. Stolp

la Oberschl. Steinkohlen
Prima Salon-Brikett

Buchen- | Brennholz
Birken- |
Liefere- |

in Kloben und Rollen. Auf Wunsch herbe-
und ofenfertig zerkleinert, torb- u. meterweise
liefert gut und preiswert.

Willy Berg

Wallstraße 1.

Telefon 525.